

Bürgerbrief Langerwehe



Sozialer Wohnungsbau wird in Langerwehe nun aktiv unterstützt

Antrag der SPD/FDP-Fraktion wird einstimmig im Rat beschlossen

Den Antrag der SPD/FDP Fraktion „Förderung des sozialen Wohnungsbaus“ wurde in der Ratssitzung am 27.09.2018 fraktionsübergreifend und einstimmig angenommen. Vorab erfolgten hier mehrfache Beratungen.

Was bedeutet das für unsere Gemeinde? Der Rat der Gemeinde hat beschlossen das Ziele festgelegt werden. Ein Ziel ist es, dass mindestens 20% des zukünftigen Baulandes für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern verwendet werden. Ein weiteres Ziel ist, dass mindestens 20% der Wohnfläche in Mehrfamilienhäusern das Mietniveau gemäß dem Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum des Landes NRW nicht überschreiten darf. Das bedeutet, dass in diesem geförderten Wohnraum die entsprechenden Mietobergrenzen gelten werden.

Wer hat Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum? Jeder, der einen Wohnberechtigungsschein hat. Die Bewilligung ist abhängig vom Familieneinkommen und dem Familienstand. Insbesondere junge Familien mit Kindern

sollten sich über die Anspruchsvoraussetzungen informieren und ggfs. einen entsprechenden Antrag stellen.

Jeder hofft, dass sein persönlicher Familienstand sich nicht ungewollt ändert. Sei es z.B. durch den Tod eines Familienmitgliedes oder aufgrund von schwerer Krankheit, so dass das Einkommen stark gemindert wird. Aber niemand ist gegen Schicksalsschläge gefeilt. Es kann leider somit jeden treffen, in die Verlegenheit zu kommen, einen Wohnberechtigungsschein beantragen zu müssen. Sollte es aber keinen sozialen Wohnungsraum geben und man sich seine bisherige Wohnung nicht mehr leisten kann, dann bleibt oft nur der Wegzug aus Langerwehe. Deshalb ist es wichtig sozialen Wohnungsbau in Langerwehe zu schaffen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Ratsbeschluss zukünftig mehr soziale Sicherheit bringt und somit für die Bürger der Gemeinde Langerwehe wichtig ist.

Ludwig Leonards ist neuer Ortsvorsteher in Pier

Dirk Huizing muss Amt nach Umzug abgeben

Als neuer Vorsteher der Ortschaft Pier wurde Ludwig Leonards von Rat der Gemeinde Langerwehe als neuer Ehrenbeamter bestellt und vom Gemeindeverwaltungsrat Ralf Schröder vereidigt. Ludwig Leonards folgt damit dem langjährigen Ortsvorsteher Dirk Huizing. Dieser musste aufgrund eines Umzugs nach Stütgerloch aus dem Amt ausgeschieden. Er hat seinem Nachfolger weiterhin seine volle Unterstützung zugesagt.

Als gebürtiger Pierer kennt Ludwig Leonards viele Bürgerinnen und Bürger der Ortschaft persönlich. Wegen der Auswirkungen des Tagebaus zählt er zu den Umsiedlern.



SPD Langerwehe verleiht Bürgerpreis 2018

Frau Sandra Kinkel und ihre Musikgruppe sind die diesjährigen Preisträger



Der „Verein zur musikalischen Förderung geistig behinderter Menschen“ und seine musikalische Leiterin Sandra Kinkel sind in diesem Jahr mit dem Bürgerpreis für soziales Engagement der SPD Langerwehe ausgezeichnet worden. Elf geistig behinderte Menschen musizieren in dieser Gruppe und laden einmal im Jahr zu einem Konzert ins Töpfereimuseum ein.

Der Bürgerpreis der SPD wurde bereits zum vierten Mal vergeben. Die Sozialdemokraten der Töpfergemeinde möchten damit deutlich machen, wie wichtig ehrenamt-

liches Engagement für das Gemeinwesen ist. Der SPD-Vorsitzende Ludwig Leonards erklärt: „Ehrenamtliche Betätigung, egal ob bei der Feuerwehr oder einem Fußballverein, ist für das Miteinander in unserer Gesellschaft sehr wichtig.“ Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundesschatzmeister Dietmar Nietan betonte in seiner Laudatio, dass das gemeinsame Musizieren der geistig behinderten Menschen die Herzen der Zuhörer berühren würde und dankte Sandra Kinkel für ihr unermüdliches Engagement. Sandra Kinkel und ihre Schützlinge freuten sich sehr über den Preis und dankten mit einer Kostprobe ihrer Musik.



Abschaffung der Beiträge für den Straßenausbau

Fraktion beantragt im Gemeinderat die Verabschiedung einer Resolution

Antrag auf eine Resolution zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zur nächsten Ratssitzung beantragen wir den Tagesordnungspunkt „Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Wenn das Straßennetz erneuert, erweitert oder verbessert wird, werden die anliegenden Grundstückseigentümer in NRW an den Kosten beteiligt. Dabei regeln die Kommunen die Kostenbeteiligung der Grundstückseigentümer sehr unterschiedlich, wie der Bund der Steuerzahler kürzlich festgestellt hat. Diese Beiträge belasten die Hausbesitzer, als betroffene Anlieger, oftmals unverhältnismäßig und teilweise existenzbedrohend.

Dies wird zunehmend als ungerecht empfunden. Gerade in Zeiten der in den letzten Jahrzehnten entstandenen allgemeinen Mobilität und mit Blick darauf, dass die Nutzung der Straßen in fast allen Fällen durch die Allgemein-

heit erfolgt und sich nicht auf die Anlieger beschränkt, kann aus unserer Sicht nicht mehr dem Sachargument, dass die Anlieger die Hauptnutznießer des jeweiligen Straßenausbaus sind, gefolgt werden.

Die SPD/FDP-Fraktion hält die bislang geltenden Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht mehr für zeitgemäß und sachgerecht. Wir beantragen daher den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorzulegen:

Der Rat der Gemeinde Langerwehe beschließt folgende Resolution der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zu überreichen:

Der §8 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW wird dahingehend geändert, dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeiträge in NRW abgeschafft wird und somit die Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren.

SPD lehnt drastische Steuererhöhungen ab

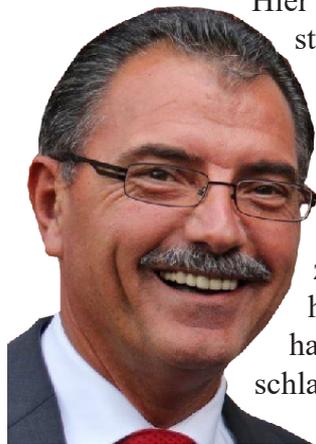
Fraktion stimmt gegen Erhöhung der Hundesteuer

Die SPD/FPD hat in der Ratssitzung am 27.09.2018 nicht für die Erhöhung der Hundesteuer gestimmt.

Der Haushalt der Gemeinde Langerwehe ist schon seit Jahren von hohen Defiziten geprägt. Die SPD/FDP ist schon seit 2014 der Meinung, dass die Steuern in der Gemeinde Langerwehe **moderat** erhöht werden müssen, um genügend Eigenkapital für viele weitere Jahre zu behalten, aber auch um drastische Steuererhöhungen zu vermeiden. Dies hat die CDU immer abgelehnt.

Seit zwei Jahren setzt die CDU nun auf starke Steuererhöhungen!

Hier ein Beispiel dafür: Die Hundesteuer.



In dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Betrag zur Hundesteuer werden, unserer Meinung nach, die Hundebesitzer mit zwei oder mehr Hunden unverhältnismäßig hoch belastet. Deshalb haben wir einen Alternativvorschlag gemacht.

Dem Verwaltungsvorschlag, wenn ein Hund gehalten wird, soll die Hundesteuer um sechs Prozent erhöht werden, hätten wir zugestimmt. Die vorgeschlagenen Verteuerungen bei der Haltung von zwei Hunden, von 48 Euro im Jahr (Erhöhung um 20%) bzw. bei der Haltung von drei oder mehr Hunden von 24 Euro jährlich je Hund (Erhöhung um ca. 17%), konnten wir nicht mittragen.

Bei unseren Vorschlägen hätte es eine moderate Steuererhöhung von durchschnittlich neun Prozent (jährlich drei Prozent bei Zugrundelegung einer Laufzeit der Satzung von drei Jahren) gegeben.

Hierdurch würden immer noch ca. 10 000 Euro Mehreinnahmen anstatt von 16 000 Euro erzielt werden. Um einen Teil der entgangenen Mehreinnahmen teilweise zu kompensieren, hätte man wenigstens die Zuchttiere mit einer Steuer belegen können, da die Züchter nach wie vor keine Hundesteuer zahlen. Mit den Verwaltungsvorschlägen über die Erhöhung der Hundesteuer bei der Haltung der gefährlichen Hunde waren wir einverstanden.

Leider wurde unser Kompromissvorschlag von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Bücher helfen Kindern

AsF-Langerwehe spendet an die „Tafelkinder“

Aus dem Erlös des diesjährigen Bücherflohmarktes beim Sommerfest überreichte Stephanie Münstermann als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Langerwehe der Langerweher Tafel eine zweckgebundene Spende von 500 Euro. Diese Summe soll für eine besondere Aktion zugunsten der Tafelkinder verwendet werden. Insgesamt gehören mehr als 100 Kinder und Jugendliche zum Kundenkreis der Langerweher Tafel.

Die Vorsitzende Ursula Schober bedankte sich herzlich für diese Unterstützung und regte an, im kommenden Frühjahr einen Ausflug mit den Kindern zu organisieren. Die Mitarbeiterinnen der Ausgabegruppe schlugen sofort einige attraktive

Ziele in der Umgebung vor. Im neuen Jahr geht es in die Planung!



Flächennutzungsplan nimmt nächsten Prüfstein

Ein langer Weg, der noch nicht ganz zu Ende ist

Im Juni 2015 wurde vom Bau- und Planungsausschuss der Beschluss zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes gefasst. Der bisher gültige Flächennutzungsplan (FNP) stammt aus dem Jahr 1976 und ist durch häufige Anpassungen in den vergangenen Jahrzehnten nur noch schwer nutzbar. Um zukunftsorientiert Flächen für Wohnbebauung und Gewerbegebiete zur Verfügung stellen zu können, entschlossen sich alle politischen Fraktionen zu diesem Schritt.

Das Planungsbüro Heinz Jahnen Pflüger in Aachen wurde durch die Gemeindeverwaltung mit der Realisierung beauftragt. Dieses Büro erstellte dann einen ersten Entwurf und arbeitete diesen mit dem Arbeitskreis FNP für alle Ortslagen durch. Der Arbeitskreis setzt sich aus Vertreter/Innen der Bauverwaltung, den Planern, dem Bauausschussvorsitzenden und aus Vertretern aller Fraktionen zusammen.

Die Ergebnisse wurden dann in Bürgerversammlungen in den einzelnen Ortsteilen vorgestellt. Dort konnten dann Änderungen und Ergänzungen eingebracht werden. Diese wurden geprüft und wenn sie richtlinienkonform waren, eingefügt. Einige Vorschläge wurden von der Bevölkerung sehr kritisch betrachtet, es bildeten sich Bürgerinitiativen in Hamich gegen das Plangebiet Am Eulenbaum und in Merode gegen M4, einer Fläche hinter der Bebauung Weberstraße / Zum Tannenwald.

Der FNP wurde dann in weiteren Sitzungen abgestimmt und dann zu einer ersten Prüfung der Bezirksregierung

vorgelegt. Auf der Grundlage der Vorschriften des Landesentwicklungsplanes NRW wurde der Langerweher Entwurf geprüft. Im Ergebnis wurde von der Bezirksregierung nach umfassender Prüfung und Besichtigung aller Plangebiete festgelegt, dass ein Schwerpunkt der Entwicklung entlang der Bahnlinie (Langerwehe, Merode, Schlich, D'horn) zu erfolgen habe. Dabei wachsen insbesondere die Ortsteile D'horn, Merode und Schlich bis auf einen Grünstreifen zusammen. Orten wie Luchem, Hamich und Heistern wurde nur eine „Innenentwicklung“ bzw. Flächen zur „Ortsabrundung“ zugesprochen.

Diese Vorgaben wurden von den Planern in den Entwurf eingearbeitet und mit dem Arbeitskreis FNP und der Verwaltung erneut abgestimmt. Dieser gemäß den Vorgaben geänderte Plan wurde am 25.09.2018 dem Ausschuss für Bau- und Planungsangelegenheiten vorgestellt. Dabei wurde der Ausschuss ausführlich durch das Planungsbüro informiert. Im Anschluss beauftragte der Ausschuss die Verwaltung für den vorgelegten Planungsstand eine Anfrage nach § 34 LPlG (Landesplanungsgesetz NRW) zu stellen, d.h. der Plan wird zur Genehmigung vorgelegt.

Wir alle hoffen nun, dass der überarbeitete Flächennutzungsplan durch die Bezirksregierung akzeptiert wird. Dann könnte 2019 mit den Detailplanungen für neue Bauland- und Gewerbeflächen begonnen werden. Wenn das auch viel mehr Zeit in Anspruch genommen hat als geplant, so sind wir doch sicher damit die richtigen Weichen für die Zukunft in Langerwehe gestellt zu haben.

WIR WÜNSCHEN IHNEN
EIN SCHÖNES WEIHNACHTSFEST
UND EIN GUTES UND GESUNDES
NEUES JAHR 2019



Ihre SPD-RATSMITGLIEDER

Ludwig Leonards Ines Schippers Peter Münstermann
Gerd Stock Uwe Endrigkeit Uwe Krings
Dirk Huizing Albert Küpper-Senz Tom Mirbach